

Magazin

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

<https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Für eine emanzipatorische Perspektive politischer Bildung

Im Gespräch mit Ulrich Brand über die
Transformation zur solidarischen
Lebensweise

Simone Müller

In der Ausgabe 46, 2022:
„Corona, Demokratie und politische Bildung.
Ansatzpunkte, Deutungen, Zugänge“



Für eine emanzipatorische Perspektive politischer Bildung

Im Gespräch mit Ulrich Brand über die Transformation
zur solidarischen Lebensweise

Simone Müller

Zitation Müller, Simone (2022): Für eine emanzipatorische Perspektive politischer Bildung. Im Gespräch mit Ulrich Brand über die Transformation zur solidarischen Lebensweise. In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 46, 2022. Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin/ausgabe-46>.

Schlagworte: imperiale Lebensweise, solidarische Lebensweise, politische Bildung, gesellschaftliches Lernen, Emanzipation



Abstract

Gegenwärtige Gesellschaftsdiagnosen fallen gemeinhin dystopisch aus: Corona, Klima und Krieg verweisen auf Krisen und Katastrophen globalen Ausmaßes. Im ausführlichen Interview mit der Bildungswissenschaftlerin Simone Müller argumentiert der Politikwissenschaftler Ulrich Brand, dass diese Krisen in Zusammenhang stehen mit einer imperialen Lebensweise. Diese beinhaltet erdumspannende Verhältnisse der Ausbeutung und Ungleichheit. Ihr wäre eine solidarische Lebensweise gegenüberzustellen, die es individuell und gesellschaftlich zu erlernen sowie politisch zu fördern und abzusichern gilt. Die solidarische Lebensweise eröffnet eine Zukunftsperspektive, die sich an einem zentralen Topos der politischen Bildung orientiert: der Emanzipation. Damit uns die Verhältnisse also nicht überrollen, sondern als gestaltbar erlebt werden können, müssen Lernräume und -orte geschaffen werden, in denen selbstständiges Denken und Gesellschaftskritik möglich sind. Es braucht zudem eine gesellschaftliche Atmosphäre des Aufbruchs, die ermutigt, für Veränderung und Alternativen einzutreten.

05
Thema

Für eine emanzipatorische Perspektive politischer Bildung

Im Gespräch mit Ulrich Brand über die Transformation
zur solidarischen Lebensweise

Simone Müller

Es braucht dringend eine gesellschaftliche Atmosphäre, in der Menschen sagen können: Wir wollen den Unterschied machen! Diese Ideen müssen nach vorne weisen und mit einer emanzipatorischen und befreienden Perspektive verbunden werden. Um die Verhältnisse gestaltbar zu machen, braucht es politische Bildung im Sinne kritischer (Selbst-)Ermächtigung.

Simone Müller: Herr Brand, Sie haben mit Markus Wissen das Konzept der imperialen Lebensweise geprägt. Die imperiale Lebensweise umfasst kapitalistische Produktions- und Konsummuster, die auf der Ausbeutung von Mensch und Natur basieren. Daraus resultieren globale Ungleichheiten, die in subjektive Lebensvollzüge ebenso eingeschrieben sind wie in gesellschaftliche Verhältnisse. Was sagt uns diese gegenwartsdiagnostische Krisenbeschreibung konkret?

Ulrich Brand: Mit diesem komplexen Konzept der imperialen Lebensweise wollen wir die Dynamik des Kapitalismus seit Beginn des Kolonialismus analysieren und dabei verstehen, wie sich Profitinteressen in die Gesellschaft und in das Leben von Individuen einschreiben. Menschen greifen in ihrem normalen Alltag ständig auf billige Natur und Arbeitskraft zurück, und zwar über den Konsum von Gütern und Dienstleistungen. Die imperiale Lebensweise hat eine strukturelle Dimension, wird aber von den Individuen gelebt. Für manche bedeutet das erweiterte

Konsummöglichkeiten wie etwa ein großes Auto. Für andere ist die imperiale Lebensweise hingegen ein durchaus erfahrbarer Zwangszusammenhang, der Leben und Arbeit bestimmt. Besonders Menschen im globalen Süden, vor allem jene in den sogenannten „Ressourcenextraktionsländern“ spüren sehr deutlich, dass die imperiale Lebensweise bestimmte Gruppen und deren Interessen auf Kosten anderer und der Natur privilegiert.

Die imperiale Lebensweise basiert also auf globaler, aber auch innergesellschaftlicher Ungleichheit und reproduziert sie. Damit sind wir bei der Krisenbeschreibung, die in eine ambivalente Situation eingebettet ist: Seit den 1970er Jahren findet eine zunehmende Politisierung der ökologischen Krise statt, gleichzeitig kommt es zu einer Intensivierung der imperialen Lebensweise. Die dominante Antwort auf die Krise war bisher: Wachstum! Wir hingegen argumentieren, dass durch weitere kapitalistische Expansion die wirtschaftlichen, sozialen und

ökologischen Krisen der Gegenwart nicht gelöst, sondern vielmehr verstärkt werden.

Die imperiale Lebensweise

Ulrich Brand, Professor für Internationale Politik an der Universität Wien, und Markus Wissen, Professor für Gesellschaftswissenschaften an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, prägten in ihrem 2017 erschienenen Werk „Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im Globalen Kapitalismus“ das gleichnamige Konzept¹.

Die imperiale Lebensweise beschreibt, inwiefern die meisten Menschen in einem Land wie Österreich auf Kosten der Natur und Arbeitskraft anderer Weltregionen leben. Sie verweist damit auf globale kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse in Bezug auf soziale und ökologische Ressourcen. Die imperiale Lebensweise kann aber auch innergesellschaftliche Ungleichheiten fassen, weil sie die Unterschiedlichkeit von Lebensverhältnissen thematisiert.

Eine zentrale Krise der letzten Jahre war die Corona-Krise, die nur oberflächlich als Gesundheitskrise verhandelt werden kann. Recht schnell legte die Corona-Pandemie auch andere „Systemkrisen“ offen, wie zum Beispiel an der Diskussion rund um die Pflege- und Sorgearbeit oder den „systemrelevanten Berufen“ deutlich wurde. Wie könnte das Konzept der imperialen Lebensweise Ihrer Ansicht nach dazu beitragen, die Corona-Krise zu analysieren?

Wir haben eine Pandemie, also eine gesundheitliche Ausnahmesituation, die sofort zu einer gesellschaftlichen und einer wirtschaftlichen Krise wurde. Wir müssen uns nur an den ersten Lockdown erinnern: Wer kann ins Homeoffice und wer muss in die Fabrik, an die Supermarktkassa oder an die Ladentheke? Wer erhält – auch global gesehen – sozialstaatliche Unterstützung in der Krise oder wer steht plötzlich ohne Arbeit und damit ohne jedes Einkommen da?

Auch die Debatte rund um die systemrelevanten Berufe macht ausbeuterische Verhältnisse sichtbar, weil vormals als selbstverständlich angenommene

Arbeit in Bereichen wie der Pflege- bzw. dem Gesundheitsbereich im Lichte der Krise politisiert werden konnte. Die imperiale Lebensweise weist uns genau auf diese ungleichen Lebensverhältnisse hin. Das gilt auch in Bezug auf den Impfstoff. Dieser wurde in den High-Tech-Zentren hergestellt und verteilt, sodass es im globalen Norden nun zu viel, in vielen Ländern des globalen Südens zu wenig Impfstoff gibt. Das hat alles mit der strukturellen Verankerung einer imperialen Produktions- und Lebensweise zu tun.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Ungleichheitsverhältnisse, von denen manche in der Covid-Krise noch verstärkt wurden, wurde eine Diskussion rund um die Auswirkungen von Corona auf die Demokratie laut. Von verschiedenen Seiten wird sogar eine Ent-Demokratisierung attestiert, die durch die Corona-Krise beschleunigt oder verstärkt wurde. Inwiefern könnte uns das Konzept der imperialen Lebensweise helfen, auch diese „Krise der Demokratie“ besser zu verstehen?

In Verbindung mit der imperialen Lebensweise interessiert uns besonders ein Aspekt der Demokratie, der über grundlegende demokratische Rechte wie Wahlrecht, Versammlungs- und Meinungsfreiheit hinausgeht. Diese „soziale“ Dimension der Demokratie heißt, gute Lebensverhältnisse für alle zu schaffen, zum Beispiel durch die Sicherstellung einer funktionierenden öffentlichen Infrastruktur, eines Gesundheits- und Bildungssystems, aber auch durch die materielle Teilhabe an der Gesellschaft über auskömmliche Einkommen. Die Bedingungen dafür sind allerdings ambivalent, da der Kapitalismus erstmal Spaltung bedeutet, weil er die materiellen Teilhabemöglichkeiten völlig ungleich verteilt – das wurde auch in der Corona-Krise deutlich. Dennoch ermöglicht, unabhängig von der Krise, die imperiale Lebensweise den sozialen Aspekt der Demokratie in Österreich viel besser als in den meisten Ländern der Welt.

Hinsichtlich der Diagnose der Ent-Demokratisierung sehen wir, dass sie in Zusammenhang steht mit Krisen, die von der imperialen Lebensweise erzeugt werden. Die Klimakrise und die aktuelle Ressourcenkrise, die durch den Krieg in der Ukraine über den

¹ Grundlegende Überlegungen in diesem Zusammenhang publizierte Ulrich Brand bereits 2010 im Magazin erwachsenenbildung.at. Nachzulesen unter: https://erwachsenenbildung.at/magazin/10-11/meb10-11_04_brand.pdf

massiven Anstieg von Energie- und Nahrungsmittelpreisen spürbar ist, sind Produkte der imperialen Lebensweise. Letztere muss daher immer autoritärer stabilisiert werden, womit sie eine strukturelle Ent-Demokratisierung vorantreibt. Wieder zeigt sich das heute schon konkret in Ländern des globalen Südens, wo vielen Menschen die Lebensgrundlage zugunsten der Ressourcenextraktion zerstört wird und die Regierungen oft autoritär und repressiv auf den Widerstand gegen die Zerstörung reagieren. Aber auch in Österreich wird deutlich: Wenn es nicht mehr so viel zu verteilen gibt, wenn die Wirtschaftskrise tiefer wird, dann gibt es eine Tendenz zu autoritären Politiken.

Die Zustimmung zu solchen autoritären Politiken zeigte sich in Österreich – mehr oder weniger offensichtlich – auch in manchen Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus. Obwohl also bestimmte Protestbewegungen wie auch deren Argumentationen und Forderungen mit autoritärer Politik gut verträglich sind, geben sie genau das Gegenteil vor, nämlich für Demokratie einzustehen. Könnten diese Proteste also sogar als Teil der Stabilisierung der imperialen Lebensweise gedeutet werden?

Es ist wichtig zu betonen: Proteste sind nicht per se kritisch-emanzipatorisch, sondern durchaus auch konservierend oder offen reaktionär. Ganz viele Proteste wollen die Verteidigung der imperialen Lebensweise, genauso wie viele Regierungen, die Wirtschaft und Konsument*innen. Ein Beispiel ist die wahnsinnig ressourcenintensive Umstellung auf Elektro-Autos. Das ist eine massive Verteidigung der imperialen Lebensweise und keine Kritik daran. Oder das Geschrei wegen angeblicher „Verbotspolitik“, wenn umweltpolitische Maßnahmen dazu führen, dass nicht alle tun und lassen können, was ihr Geldbörsel zulässt.

Was wäre demgegenüber aus Ihrer Sicht eine demokratische und solidarische Form der Kritik?

Kritik muss ja auch ganz praktisch gedacht werden, nicht nur als geschriebene Kritik. Das sind solidarische Proteste, die sich für Veränderung einsetzen und die imperiale Lebensweise in Frage stellen. Demokratisch sind sie, weil sie eine Auseinandersetzung über Themen ermöglichen und so Herrschaftsverhältnisse – dazu zählen auch gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten oder



Im Gespräch: Ulrich Brand, Foto: Bärbel Högner

Ulrich Brand ist seit 2007 Professor für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Er lehrt und forscht zu den Themen: Internationale Politik, Kritische Analysen der Globalisierung und ihrer politischen Regulierung, die Rolle von Staat und Wirtschaft, Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen in diesen Prozessen, Ökologische Krise, Global Environmental Governance und sozial-ökologische Transformation mit den Schwerpunkten Ressourcen-, Energie- und Klimapolitik, Regionale Schwerpunkte sind Lateinamerika und Südostasien, Entwicklungen in West- und Osteuropa sowie den USA.

Nach dem Studium der Betriebswirtschaft studierte er Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Berlin und Buenos Aires und promovierte 2000 mit einer Arbeit zum Verhältnis von Staat und Nichtregierungsorganisationen in der internationalen Umweltpolitik. 2006 habilitierte er sich mit einer Arbeit zur Internationalisierung des Staates. Neben wissenschaftlichen Tätigkeiten an Projekten und Universitäten hatte er längere Forschungsaufenthalte in den USA, Mexiko, Kanada.

E-Mail: ulrich.brand@univie.ac.at

Web: <https://politikwissenschaft.univie.ac.at>

Telefon: +43 (0)1 427749452

Diskursverhältnisse wie „Wachstum um jeden Preis“ oder „große Autos sind cool“ – verflüssigen können. Die imperiale Lebensweise erschwert Alternativen. Sie ist wie ein Korridor, der das Denken eng führt. Beispiele für solidarische Kritik sind die Proteste gegen den Lobautunnel, das Bündnis „Ende Gelände“ oder Fridays for Future. Dazu gehört aber auch, die

Arbeiter*innen im Marchfeld zu organisieren oder mit Pflegenden für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Bezahlung zu protestieren.

Was sind die politischen Rahmenbedingungen, um solidarische Proteste in konkrete Alternativen zu überführen“?

Auf der konkreten Ebene des demokratischen Tuns haben wir eine Unmenge an solidarischen Alternativen in den verschiedenen Versorgungsfeldern wie Mobilität, Wohnen, Ernährung, Kommunikation etc. Zentral ist es, die verschiedenen Gegenbewegungen und Alternativen in diesen Feldern zur Kenntnis zu nehmen und sie durch die staatliche Politik und in der Öffentlichkeit zu unterstützen. Für uns ist eine solidarische Lebensweise demnach nicht nur eine, die „von unten“ kommt. Bottom-up ist wichtig, doch es braucht die Absicherung, unter Umständen auch das aktive Anstoßen alternativer Lebens- und Konsummöglichkeiten durch Staaten, Gesetze, Finanzen und auch Großunternehmen. Das meine ich nicht im Sinne von Greenwashing, sondern im gesellschaftspolitischen Sinne: Staaten und große Unternehmen müssen bereit sein, im Sinne einer solidarischen Lebensweise ihr eigenes Geschäftsmodell in Frage zu stellen. Wieder am Beispiel der Autoindustrie hieße das, aus dieser Stück für Stück auszusteigen und nicht einfach nur die Antriebstechnik umzustellen. Eine solidarische Möglichkeit dafür wäre, dass es Förderungen für Unternehmen gibt, um in andere Bereiche zu investieren, sodass sie auch Beschäftigten eine Alternative bieten können.

Anhand Ihrer Ausführungen zeichnet sich ein Verhältnis verschiedener Akteur*innen ab: zwischen Individuum und Gesellschaft bzw. zwischen Zivilgesellschaft und staatlicher Politik. An dieser Stelle können wir politische Bildungsprozesse ins Spiel bringen, die über individuelle Bewusstseinsbildung weit hinausgehen können.

Ich möchte diesen Punkt unterstreichen: Es braucht subjektive Voraussetzungen, sich in diesen Strukturen der imperialen Lebensweise angemessen zu bewegen und eigene Spielräume auszuloten. Gleichzeitig haben wir in der Nachhaltigkeitsdiskussion eine starke Tendenz, die Verantwortung zu individualisieren, das heißt, auf die Konsument*innen

abzuwälzen. Die kollektive Dimension wird allzu oft ausgelassen. Doch das Individuum ist keine autonome Monade, sondern agiert in Strukturen und oft kollektiv.

Welche Rolle kann die politische Erwachsenenbildung in diesem Wechselspiel zwischen individueller Bildung und gesellschaftspolitischer Verantwortung spielen?

Damit wären wir beim alten und hochaktuellen Programm der Aufklärung: bei kritischem Denken, bei Mündigkeit und bei einem Verständnis von gesellschaftlichen Mechanismen wie etwa der imperialen Lebensweise. Dieses Verständnis kann über Angebote der politischen Bildung hergestellt werden. Die Konsequenz daraus wäre aber nicht eine Moralisierung, sondern die Herstellung von kritischem Denken und Handlungsfähigkeit – klassische Topoi der politischen Bildung. Es geht dabei um die Bereitstellung von Reflexionsmöglichkeiten, Wissen und Interpretationsangeboten.

Diese Reflexivität, also das Nachdenken über die Verhältnisse und sich damit in Beziehung zu setzen, ist auch im Bereich der Professionalität zentral, sei es im Berufsalltag, im Ehrenamt oder im politischen Engagement. Nicht nur im Privatbereich oder in unserer Rolle als Konsument*innen ist Veränderung möglich und notwendig, sondern auch in dem Feld, in dem wir beruflich und gegebenenfalls politisch agieren. Am Beispiel von Bildungsarbeiter*innen ist das offensichtlich. Dort geht es dann unter anderem darum, neue Lehrinhalte auszuprobieren und beispielsweise die imperiale Lebensweise zum Thema zu machen². Aber auch Büroangestellte können nach Handlungsspielräumen Ausschau halten und sich fragen: Wie kann ich im Berufsalltag nachhaltiger handeln? Kann ich Büroabläufe kritisieren und verändern? Ist vielleicht sogar eine Kritik am Geschäftsmodell meines Unternehmens möglich?

Welche gesellschafts- und bildungspolitischen Rahmenbedingungen bräuchte dieses emanzipatorische Bildungsverständnis, um in der Praxis wirksam zu werden?

Auf der Ebene des Kollektiven wäre es Voraussetzung, dass es Bildungsinstitutionen gibt, die diese Problematiken ernst nehmen und dementsprechende

² Beispielsweise wurde die imperiale Lebensweise in diesen Ideen und Materialien zur politisch-kulturellen Bildung thematisiert: https://www.globaleslernen.de/sites/default/files/files/education-material/emde_2021_-_uber_die_urbanen_monster_einer_imperialen_lebensweise.pdf

Lernorte und -möglichkeiten anbieten. Das hieße auch, über „globales Lernen“ oder „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ hinauszugehen, da diese Konzepte oft zu einem modernisierten Entwicklungsdiskurs inklusive dessen Paternalismus tendieren. Sie thematisieren kaum die imperiale Lebensweise und rütteln damit auch nicht an deren Struktur. Eine emanzipatorische politische Bildung müsste demgegenüber jene Kompetenzaneignung ermöglichen, die über oberflächliche Handlungsprinzipien hinaus „ans Eingemachte“ geht.

Schließlich ist auch eine gesellschaftliche Stimmung des kulturellen Aufbruchs notwendig. Die gab es beispielsweise in den 1970ern, wo gesellschaftliche und bildungspolitische Diskurse sich in Richtung Öffnung und Problembewusstsein verschoben und sich Bildungsakteur*innen ermuntert fühlten, anders zu handeln. Diese Aufbruchstimmung blitzte 2019 mit den starken Mobilisierungen der Bewegung für Klimagerechtigkeit kurz auf, ist gegenwärtig aber schwer vorstellbar, weil alles so dystopisch wirkt: Corona, Klima, Krieg. Es braucht aber dringend eine gesellschaftliche Atmosphäre, in der Menschen sagen können: Wir wollen den Unterschied machen! Diese Ideen müssen nach vorne weisen und mit einer emanzipatorischen und befreienden Perspektive verbunden werden. Denn sonst lassen wir uns, wie Adorno sagte, von den Verhältnissen dumm machen.

Wie schätzen Sie die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteur*innen für die Herstellung einer solchen Aufbruchstimmung ein?

In der Tradition von Antonio Gramsci ist die Zivilgesellschaft für mich der Ort, an dem um Hegemonie gerungen wird und wo Menschen auch herrschaftlichen, ausbeuterischen und zerstörerischen Verhältnissen zustimmen. Und da geht es ja zurzeit genau in diese Richtung, nämlich in Richtung Militarisierung, Querdenker*innentum usw. Wir müssen uns also fragen, wo die progressiven Aufbrüche in der Zivilgesellschaft zu finden sind. Ich sehe progressive Aufbrüche in Protestbewegungen wie Fridays for Future, in den Protesten gegen den Ukraine-Krieg, aber auch in solidarischen Praxen während der Pandemie.

Und was bräuchte es nun an Rahmenbedingungen, damit solidarische Proteste und Praxen auch über

den konkreten Anlassfall hinaus die Gesellschaft nachhaltig zu verändern vermögen?

Eine erfolgreiche Bewegung für die solidarische Lebensweise braucht auch so etwas wie eine Protest- oder Bewegungsinfrastruktur, zum Beispiel NGOs. In der Umweltbewegung beispielsweise transportieren NGOs Erfahrung und Wissen, sind Orte der Professionalisierung. Darüber hinaus brauchen wir Menschen, die sich zusammenschließen und alternative Landwirtschaft betreiben, einen Fahrradladen aufmachen oder in größeren Betrieben sinnvolle und ökologische Produkte unter sozialen Bedingungen produzieren. Das sind Menschen, die ihre Lebenszeit, ihre Arbeitskraft und Energie für die Verstetigung von Alternativen zur imperialen Lebensweise geben.

Sie machen sich durchgängig für eine kollektive Dimension bzw. eine Forderung nach Kollektivierung stark. Meine letzte Frage liegt daher nahe: Welche Rolle spielt gesellschaftliches Lernen Ihrer Ansicht nach für die geschilderten Veränderungsprozesse?

Die Voraussetzung, dass Menschen protestieren, hängt durchaus mit Bildungsprozessen zusammen. Damit meine ich nicht unbedingt formale Bildung, sondern die Herausbildung eines kritischen Weltverständnisses, das den Unmut an den Verhältnissen einordnen hilft. Für viele Menschen ist Protest bis heute etwas Anrüchiges. Es braucht daher im Sinne eines gesellschaftlichen Lernens eine kulturelle Ermutigung, für Alternativen und gegen Projekte wie den Lobautunnel einzustehen. Das ist gerade in einer so autoritären Gesellschaft wie der österreichischen nicht selbstverständlich. Dazu können wir in der Bildung beitragen. Ich als Hochschullehrender rufe meine Studierenden natürlich nicht direkt auf, sich am Protest zu beteiligen. Aber ich kann sie darin bestärken, mutig und selbstbestimmt zu denken und zu handeln. Was sie dann damit machen, ist ihre Angelegenheit.

Schließlich ermöglichen Proteste selbst gesellschaftliches Lernen. Wir hätten eine gänzlich andere klimapolitische Debatte, hätte es die Bewegung für Klimagerechtigkeit und insbesondere die Fridays for Future nicht gegeben. Auf wissenschaftlicher Ebene und in Fachdebatten ist die Klimakrise längst entschieden. Aber ein Politikum und damit gesellschaftlich verhandelbar ist sie erst seit den Mobilisierungen. Die Grünen Parteien, die ja auch

aus der Tradition kommen, haben meines Erachtens eher entpolitisiert gewirkt mit der Message: „Wir in der Regierung machen das schon (für euch).“ Proteste und Bewegungen sind folglich zentral für gesellschaftliche Lernprozesse, da sie die gesellschaftliche Debatte lostreten können, weil sie Kritik und Alternativen anzeigen, die sonst in der breiten

Öffentlichkeit unsichtbar blieben. Und diesen Punkt würde ich immer stark machen: Dass wir formales, individuelles Lernen nicht überschätzen und stattdessen Lernen als gesellschaftlichen Lernprozess weiterdenken.

Vielen Dank für das Gespräch!

Literatur

Brand, Ulrich (2020): Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie. Klimastreiks und Alternativen zur imperialen Lebensweise. Hamburg: VSA.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.

Schulheft Nr. 186 [im Erscheinen]: Imperiale Lebensweise. Online: <https://schulheft.at>



Foto: K. K.

Simone Müller, MA BA

simone.mueller@uni-graz.at
<https://bildungsforschung.uni-graz.at>
+43 (0)316 380-3836

Simone Müller ist Universitätsassistentin am Arbeitsbereich Bildungstheorie und Schulforschung an der Universität Graz. Zuvor war sie in der Erwachsenenbildung tätig. Ihre aktuelle Forschung ist an den Schnittstellen von kritischer Bildungs- und Gesellschaftstheorie sowie Epistemologie angesiedelt. Thema ihrer Dissertation ist die Problematisierung bildungstheoretischer Grundlagen wie etwa des Mensch-Anderen-Verhältnisses mithilfe grenzüberschreitender Theoriebildung. Weiters interessiert sie sich für ökofeministische Ansätze und deren Radikalisierung im Posthumanismus.

For an Emancipatory Perspective on Political Education

A conversation with Ulrich Brand on transformation to a way of life based on solidarity

Abstract

Contemporary diagnoses of society generally turn out to be dystopian: Coronavirus, climate and war point to crises and catastrophes on a global scale. In a detailed interview with educational scientist Simone Müller, political scientist Ulrich Brand argues that these crises are related to an imperial way of life involving relationships of exploitation and inequality that span the globe. This is to be contrasted with a way of life based on solidarity that must be learned individually and socioeconomically as well as promoted and safeguarded politically. This way of life opens up a perspective for the future that is oriented to a topos central to political education: emancipation. So that circumstances do not defeat us but may be experienced as malleable, learning spaces and places must be created in which independent thought and social criticism are possible. Also necessary is a social environment of awakening that encourages championing change and alternatives.



Impressum/Offenlegung



Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
Gefördert aus Mitteln des BMBWF
erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck
Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Herstellung und Verlag der Druck-Version:
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online)
ISSN: 2076-2879 (Druck)
ISSN-L: 1993-6818
ISBN: 9783755792864

Projektträger



CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Keplerstraße 105/3/5
A-8020 Graz
ZVR-Zahl: 167333476

Medieninhaber



Bundesministerium für Bildung,
Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5
A-1010 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5360 St. Wolfgang

Herausgeber*innen der Ausgabe 46, 2022

Sonja Luksik MA (ÖGPB)
Dr. Stefan Vater (VÖV)

Herausgeber*innen des Magazin erwachsenenbildung.at

MinR Robert Kramreither (BMBWF)

Fachbeirat

Univ.-Prof.* Dr.* Elke Gruber (Universität Graz)
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für Höhere Studien)
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Mag.* Julia Schindler (Universität Innsbruck)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)
Mag. Lukas Wieselberg (ORF science.ORF.at und Ö1)

Redaktion

Mag.* Bianca Friesenbichler (Verein CONEDU)
Mag. Wilfried Frei (Verein CONEDU)

Fachlektorat

Mag.* Laura R. Rosinger (Textconsult)

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.* Andrea Kraus

Satz

Mag.* Sabine Schnepfleitner (Verein CONEDU)

Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

„Magazin erwachsenenbildung.at – Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ (kurz: Meb) ist ein redaktionelles Medium mit Fachbeiträgen von AutorInnen aus Forschung und Praxis sowie aus Bildungsplanung, Bildungspolitik u. Interessensvertretungen. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Auszubildende. Das Meb fördert die Auseinandersetzung mit Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik und spiegelt sie wider. Es unterstützt den Wissenstransfer zwischen aktueller Forschung, innovativer Projektlandschaft und variantenreicher Bildungspraxis. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema, das in einem Call for Papers dargelegt wird. Die von AutorInnen eingesendeten Beiträge werden dem Peer-Review eines Fachbeirats unterzogen. Redaktionelle Beiträge ergänzen die Ausgaben. Alle angenommenen Beiträge werden lektoriert und redaktionell für die Veröffentlichung aufbereitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten solcher Quellen.

Alle Artikel und Ausgaben des Magazin erwachsenenbildung.at sind im PDF-Format unter <https://erwachsenenbildung.at/magazin> kostenlos verfügbar. Das Online-Magazin erscheint parallel auch in Druck (Print-on-Demand) sowie als E-Book.

Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheint die Online-Version des „Magazin erwachsenenbildung.at“ ab Ausgabe 28, 2016 unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>).



BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen verbreiten, verteilen, wiederveröffentlichen, bearbeiten, weiterentwickeln, mixen, kompilieren und auch monetarisieren (kommerziell nutzen):

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Angabe von Änderungen: Im Falle einer Bearbeitung müssen Sie die vorgenommenen Änderungen angeben.
- Nennung der Lizenzbedingungen inklusive Angabe des Links zur Lizenz. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieses Werk fällt, mitteilen.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter www.creativecommons.at.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an magazin@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
p. A. CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Keplerstraße 105/3/5, A-8020 Graz
magazin@erwachsenenbildung.at